

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Harald Leibrecht, Dr. Werner Hoyer,
Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/5608 –**

Den Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Birma/Myanmar stärken

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller erfordern die negative Entwicklung seit Etablierung der Militärdiktatur im Jahr 1988 und die jüngsten Ereignisse in Birma/Myanmar einerseits, die Unterstützung des Landes durch Indien, China, Malaysia, Singapur und auch Russland andererseits eine Überprüfung und gegebenenfalls eine Anpassung des zuletzt im April 2007 verlängerten Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union zu Birma/Myanmar, da das darin enthaltene System aus Sanktionen und Anreizen unter diesen Umständen ins Leere zu laufen drohe.

Die Antragsteller halten es für geboten, innerhalb der Europäischen Union die Ergebnisse der bisherigen Haltung kritisch zu evaluieren und dabei auch eine teilweise Ausweitung von Sanktionen in Betracht zu ziehen. Sie halten es im Übrigen für notwendig, die Regierung von Birma/Myanmar zur Freilassung der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi aufzufordern, ihr zugleich die möglichen positiven Folgen von Fortschritten im Bereich der Menschenrechte sowie rechtsstaatlicher und demokratischer Reformen zu verdeutlichen sowie die ASEAN-Staaten und andere asiatische Länder zu bewegen, ihren Einfluss zugunsten solcher Reformen wie auch zugunsten einer Verständigung zwischen der Regierung und den bewaffneten Widerstandsgruppen geltend zu machen.

Die Bundesregierung soll entsprechende Schritte unternehmen und den Deutschen Bundestag vor einer weiteren Verlängerung des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union über ihre Bemühungen unterrichten.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. und einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5608 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Holger Haibach
Berichterstatter

Detlef Dzembitzki
Berichterstatter

Harald Leibrecht
Berichterstatter

Monika Knoche
Berichterstatterin

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Holger Haibach, Detlef Dzembitzki, Harald Leibrecht, Monika Knoche und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5608** in seiner 115. Sitzung am 20. September 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. und bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Holger Haibach
Berichtersteller

Detlef Dzembitzki
Berichtersteller

Harald Leibrecht
Berichtersteller

Monika Knoche
Berichterstellerin

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin